

Protokoll

Landesdelegiertenkonferenz

am 17. August 1980

in Gütersloh, Stadthalle

SPD

Nordrhein-Westfalen

Landesdelegiertenkonferenz der SPD
am 17. August 1980 in Gütersloh, Stadthalle,
zur Aufstellung der Landesliste NW
für die Bundestagswahl am 5. Oktober 1980

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Eröffnung und Begrüßung durch den Landesvorsitzenden Johannes Rau	4
Stellungnahme von Adolf Schmidt zum Fall Heising	7
Resolution des SPD-Landesvorstandes NRW vom 16. 8. 1980 zum Fall Heising	
2. Wahl der Mandatsprüfungskommission	8
3. Beschlußfassung über	8
a) Tagesordnung	
b) Geschäftsordnung	
4. Grußworte	
– Adolf Gräwe, Bürgermeister der Stadt Gütersloh	10
– Peter Stolper, Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Gütersloh	10
– Heinz Junker, Vorsitzender des SPD-Bezirks Ostwestfalen-Lippe	11
– Schriftliches Grußwort von Dov Ben Meir	12
5. Konstituierung der Landesdelegiertenkonferenz	13
6. Bericht über die Mandatsprüfung	13
7. Beschlußfassung über die Landesreserveliste	14
8. Referat des Parteivorsitzenden Willy Brandt	16
9. Schlußwort der stellvertretenden Landesvorsitzenden Antje Huber	22
Anhang	
Presseberichte, Kommentare.	23/32



1. Eröffnung und Begrüßung durch den Landesvorsitzenden Ministerpräsident Johannes Rau

Liebe Genossinnen und Genossen, verehrte Gäste!

Drei Monate nach der erfolgreichen Landtagswahl vom 11. Mai haben wir uns hier in der Stadthalle in Gütersloh zusammengefunden, um mit dem Beschluß über die Reserveliste das Startzeichen zu geben für sieben Wochen kämpferischer Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner und für sieben Wochen des großen Gesprächs mit dem Bürger. Seien Sie alle herzlich willkommen hier in Gütersloh.

Wir danken der Stadt für den freundlichen Empfang, und wir grüßen den Bürgermeister der Stadt Gütersloh, Herrn Gräwe, und Herrn Stadtdirektor Dr. Wixforth herzlich.

Herr Bürgermeister, wir haben Ihnen für den freundlichen Empfang gestern zu danken, und wir sind froh darüber, daß Sie trotz anderer Verpflichtungen heute morgen zu uns gekommen sind und ein Grußwort sprechen wollen.

Unser Gruß gilt dem Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Nordrhein-Westfalen, unserem Freund und Genossen Siegfried Bleicher.

Unser Gruß geht auch über die Grenzen hinaus. Unter uns ist eine Delegation der Sozialistischen Partei Österreichs, die unter Günther Horvacek gekommen ist, um einen Einblick in unseren

Wahlkampf zu bekommen. Wir grüßen die Genossen aus der Steiermark ganz herzlich.

Schließlich darf ich jemanden begrüßen, der ein ständiger und immer wieder willkommener Gast unserer Parteitage ist, Dov Ben Meir, den Vorsitzenden der Histadruth in Tel Aviv.

Wir haben oft Sorge, lieber Dov, um das, was bei Euch geschieht, wir verstehen viele Schritte nicht, die da gegangen werden, aber die Sozialdemokraten hier im Land wissen, auch wenn es schwer ist in Israel und um Israel, auch dann, wenn wir Sorge um Euren Weg haben: So wie wir Eure Sorgen verstehen, braucht Euer Land nicht weniger, sondern mehr gute Freunde. Ihr findet sie in diesem Land.

Liebe Genossinnen und Genossen, diese Halle ist ziemlich neu, aber in dieser Halle hat schon Bedeutsames stattgefunden. Hier war am vergangenen Wochenende der Aufgalopp der Christlichen Demokraten mit Spitzenkandidat Rainer Barzel!

Und dieser Rainer Barzel hat gesagt: „Die CDU hat eine frohe Botschaft zu verkünden und sie geht in einen fröhlichen Wahlkampf.“

Sowas muß einem einfallen!

Eine Partei, die zuständig ist für „frohe Botschaften“, in der kann der Spitzenkandidat auch Helmut Schmidt als den „leitenden Angestellten des Marxismus“ bezeichnen.

Wer so redet, das ist der Barzel von '72 und '74 und nicht der, über dessen Reife ständig geschrieben wird. Rainer Barzel hat von hier aus aufgefordert, wer Strauß angreife, solle auch ihn, Barzel, angreifen.

Wir werden diesen Angriff nicht scheuen, denn wir gehen gut gerüstet in einen sicher nicht leichten Wahlkampf. Drei Wahlkämpfe in 12 Monaten, das hat an unseren Kräften gezehrt und gezerrt, aber drei Wahlkämpfe in 12 Monaten, das kann auch Erfolg bringen, und wir wollen den Erfolg vom 11. Mai nicht nur wiederholen, sondern verbessern, und deshalb sind wir hier zusammen.

Wenn wir sagen, den Erfolg vom 11. Mai verbessern, dann ist das nicht irgendeine rethorische Finte, sondern wir haben in den Wochen vor dem 11. Mai gesagt, der 11. Mai und der 5. Oktober gehören zusammen wie Biedenkopf und Strauß. Dabei bleibt's! Und deshalb muß der Erfolg am 5. Oktober den vom 11. Mai in den Schatten stellen und deshalb muß am 5. Oktober der bayerische Ministerpräsident in seinem gegenwärtigen Amt bestätigt werden und darüber hinaus eine Abfuhr bekommen, die stärker ist als die, die Biedenkopf bekommt.

Erinnert Ihr Euch, 1972? Das war ein Wahlkampf, der nicht leicht war. Bei diesem Wahlkampf haben wir in Nordrhein-Westfalen zum ersten Mal die 50 %-Marke der Wählerstimmen überschritten, 50,4 % vor acht Jahren, 48,4 bei einer geringeren Wahlbeteiligung vor drei Monaten, ich schlage vor, daß wir die 50 %-Marke am 5. Oktober so überschreiten, wie wir das '72 getan haben. Damit machen wir die Sozialdemokraten zur stärksten Kraft im Bundestag.

Und wenn wir heute unsere Reserveliste beschließen, grüßen wir besonders einen Mann, der seit 20 Jahren an der Spitze unserer Liste steht, weil er unser Mann ist: Willy Brandt!

Lieber Willy Brandt, als Du damals 1961 zum erstenmal unser Spitzenkandidat in Nordrhein-Westfalen warst, da warst Du aus guten Gründen terminlich oft unpünktlich. Wir haben manche Veranstaltung nicht beginnen können oder überbrücken müssen, denn damals war, mitten während der Wahlauseinandersetzung, und das ist in der vergangenen Woche 19 Jahre her, jenes schreckliche Ereignis geschehen, von dem manche damals geglaubt haben, es sei der Beginn einer harten, möglicherweise auch einer scharfen Auseinandersetzung. Ich meine den Bau der Mauer am 13. August.

Du hast damals in der schwierigen Zeit nach dem Mauerbau Dein Amt als Regierender Bürgermeister wahrgenommen und gleichzeitig unseren Wahlkampf geführt.

Jemand, der das getan hat, der bedarf keiner Belehrungen über die Fragen der Entspannungspolitik und der Sicherung des Friedens, keiner hat mehr für die Sicherung des Friedens eingesetzt, als Du in jenen Jahren und seitdem.

Weil das so ist, darum warten wir noch auf die „frohen Botschaften“ des Spitzenkandidaten der CDU. Was wir verneh-

men, ist nicht „frohe Botschaft“, sondern ist Rückfall in den Kalten Krieg der 50er-Jahre, ist Diffamierung der Sozialdemokraten, ist die schlimmste Entgleisung Biedenkopfs vor wenigen Wochen, als er schrieb: „1976 ging es um Freiheit statt Sozialismus, um die Sicherung der freiheitlichen Gesellschaftsordnung vor sozialistischer Veränderung. Heute geht es wieder um die Freiheit, um den Frieden in Freiheit, um die Verteidigung der Freiheit auch gegen die, die kapitulieren wollen, denen der Wille und die Kraft fehlen, um die Freiheit, für die unsere Väter gefallen sind, für unsere Kinder zu erhalten.“

Wer so böse unsere Geschichte verstellt vor den Blicken junger Menschen, wer so manipuliert mit dem Ziel, Feindbilder aufzubauen, und wer unsere Geschichte so verfälscht, wie Biedenkopf das tut, der soll uns Sozialdemokraten nicht kommen mit Belehrungen über Freiheit und mit Belehrungen über Entspannungspolitik.

Der kluge Professor hat die Rückzugslinie für die Zeit nach dem 5. Oktober schon aufgezeigt, und wenn die CDU/CSU nicht gewinnt, dann liegt das nicht an der CDU/CSU, sondern an unserem Wahlkampfstil.

Ich kann nur sagen, diese Argumentation wird nach dem 5. Oktober so wenig verfangen, wie vor und nach dem 11. Mai. Da wurde uns Wahlbetrug vorgeworfen, weil wir bundespolitische Argumente in den Wahlkampf mit einbrachten. Wir werden auch bei dieser Entscheidung in den nächsten sieben Wochen deutlich machen, worum es geht, mit einem sachlichen Wahlkampf, mit einem Wahlkampf der Argumente, aber wir werden auch bei diesem kommenden Wahlkampf uns vor allem an die Bürger wenden, die bisher CDU gewählt haben, und wir werden sie fragen, ob sie sich das nicht noch einmal überlegen wollen, angesichts einer nach rechts gerückten CDU unter Franz-Josef Strauß.

Manche glauben, wir hätten schon gewonnen.

Ich warne davor, siegessicher zu sein. Wir sind stolz auf den Sieg am 11. Mai, aber wie damals, so sagen wir: Es kommt darauf an, daß aus Stimmungen auch Stimmen werden. Und wir haben bewiesen, wie das geht, und wir wollen es wiederholen.

Die Menschen hier an Rhein und Ruhr und im ganzen Land wissen, daß es am 5. Oktober um die Fortsetzung der Entspannungs- und Friedenspolitik geht oder den Rückfall in den Kalten Krieg, daß es um mehr Erleichterungen für die Menschen im geteilten Deutschland geht, und deshalb stehen wir hinter Helmut Schmidt, wenn er in der nächsten Woche zum Vorsitzenden des Staatsrates der DDR fährt, daß es um kluge Wirtschafts- und Sozialpolitik geht und um eine Umweltschutzpolitik mit Augenmaß. Es geht um eine Politik der Partnerschaft und des Dialogs mit den Ländern der Dritten Welt, und wir stehen gegen eine Politik der Rücksichtslosigkeit aus Eigennutz, die die Spannungen zwischen Nord und Süd nur verschärfen würde.

Aber Genossinnen und Genossen, es geht auch um innenpolitische Fragen.

Wir haben dafür gesorgt, daß Nordrhein-Westfalen sozialdemokratisch geführt wird, auch deshalb, damit der Bundesrat

nicht zu einem Blockade-Instrument der Bundesregierung werden kann. Wir wollen diese unsere Kraft nutzen, und wir wollen unser politisches Wort deutlich sagen, und zu dem, was wir deutlich sagen, gehört: Die Montanmitbestimmung darf nicht angefasst werden in unserem Land!

Wir stehen ohne Wenn und Aber bei den Kollegen von Mannesmann, auf der Seite der Gewerkschaft, denn die Menschen an Rhein und Ruhr wissen, ohne Montanmitbestimmung hätten wir die schweren Krisen des Reviers nicht bewältigen können, wären wir in soziale Konflikte gekommen, die man nur rückwirkend beschreiben kann und von denen wir froh sind, daß sie den Menschen in diesem Lande erspart geblieben sind. Da kann man nicht mit betriebsorganisatorischen Federstrichen den sozialen Frieden gefährden, und deshalb wiederhole ich die Aufforderung an den Vorstand der Mannesmann AG: Nehmen Sie die Gesprächsbereitschaft der IG Metall wirklich wahr, verhandeln Sie weiter, organisieren Sie Ihren Konzern, wie Sie wollen, aber behalten Sie die Montanmitbestimmung bei, wir lassen daran nicht rütteln.

Die Mitbestimmung, ein wichtiger Schritt auf dem Weg der Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft ist ein Grundpfeiler der sozialen Ordnung in der Bundesrepublik, und weil wir diesen Grundpfeiler so sehen, darum sind wir bedrückt und bestürzt darüber, daß ein leitender Manager der Ruhrkohle AG, der an verantwortlicher Stelle eines Unternehmens steht, für das wir Mitverantwortung tragen, in diesen Tagen die Bergarbeiter und ihre demokratische Arbeitnehmerorganisation faschistischen Verhaltens bezichtigt hat. Wir weisen diesen skrupellosen Vorwurf zurück, und ich bitte Adolf Schmidt, gleich einige Worte zu diesem Thema zu sagen und der Partei deutlich zu machen, daß Bergarbeiter im Lande auf ihn rechnen können, so wie wir auf ihn rechnen.

Genossinnen und Genossen, wir werden heute eine Reserveliste beschließen, die nach langen und streitigen Gesprächen zustande gekommen ist, die nie alle Wünsche berücksichtigen kann, mit der wir aber die Mannschaft vorstellen, die für uns, die Bürger Nordrhein-Westfalens, im Bundestag arbeiten soll.

Das sollen weit mehr als 70 Leute werden, und das werden weit mehr als 70 Leute, wenn wir das Wahlergebnis von 1972 erreichen.

Aber dann geht's um einen Wahlkampf mit großer Geschlossenheit und mit energischer und tatkräftiger Mitarbeit aller. Wir werden nüchtern sagen, was wir geleistet haben. Wir werden ehrlich sagen, wie es in der Welt aussieht und was auf uns zukommen kann. Wir werden darlegen, wie unsere Politik in den nächsten Jahren aussehen soll, wir werden das im Gespräch mit dem Bürger tun, in vielen tausend Versammlungen.

Wir wissen, wir können unsere Nachricht, wir können unsere politischen Meinungen und Haltungen nicht weitersagen ohne

die Hilfe auch derjenigen, die bei unterschiedlicher politischer Einstellung in den Medien arbeiten.

Frau Noelle-Neumann hat entdeckt, daß Wahlen angeblich von Kameraeinstellungen im Fernsehen und nicht von den Bürgern entschieden werden. Und seit Frau Noelle-Neumann dies entdeckt zu haben glaubt, haben CDU und CSU ihre Kampagne gegen das öffentlich-rechtliche System verschärft. Sie nennen das Ausgewogenheit, aber wo wir solche Rufe nach Ausgewogenheit von der CDU hören, da stellen wir fest, in Wirklichkeit geht es immer um Pressionen gegen Journalisten und gegen Rundfunkanstalten. Wie weit ist es eigentlich schon gekommen, wenn ein anerkannt guter Journalist es ablehnt, Nachrichtenchef der ARD zu werden, weil er, wie er sagt, „nicht für Proporz-Dreiecke taugt“? Wie weit sind wir schon gekommen, wenn Intendanten Sendeminuten auszählen müssen, ob der Kanzler, oder der, der es werden will, auch gleichmäßig behandelt worden sind?

Der konzentrierte Angriff der CDU/CSU auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, ob durch Staatsvertragsänderungen oder durch Pressionen gegen Journalisten, findet in uns Sozialdemokraten entschiedene Gegner, wir stehen auf der Seite dieser Journalisten, wo immer diese Journalisten auch stehen mögen, denn das ist ihre eigene Entscheidung.

Die Bürger entscheiden die Wahlen. Sie bewerten Politik. Sie vergeben oder entziehen Vertrauen, aber damit sie sich informieren können, bedürfen wir der Pressefreiheit, der unabhängigen Medien, der unabhängigen Journalisten, auch wenn uns das selber hin und wieder nicht schmeckt. Wer Pressefreiheit einschränkt, schränkt Demokratie und Freiheit überhaupt ein.

Deshalb erinnern wir die Bürger: Als Stoltenberg die Mehrheit hatte, hat er als erstes den Rundfunk angegriffen. Als Albrecht die Mehrheit hatte, hat er als erstes das öffentlich-rechtliche System in Frage gestellt. Wir wollen deutlich machen: Das Gegenüber des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und der privatwirtschaftlich organisierten Presse gehört zu dem System in der Bundesrepublik, das wir aufgebaut haben und das wir nicht zerschlagen wollen.

Laßt mich ein letztes sagen: Genossinnen und Genossen. Es gibt eine Diskussion in den letzten Wochen um die Frage, ob man eigentlich Stimmen unterschiedlich vergeben sollte. Die F.D.P. reitet auf diesem Roß. Wir erklären, die Sozialdemokraten haben keine Stimme zu vergeben, und die Zweitstimme entscheidet darüber, wie stark der Bundestag sozialdemokratisch bestimmt wird.

Am 11. Mai haben wir scherzhaft gesagt, es ist Muttertag, viele Blumen, aber kein Strauß. Heute sagen wir: „Sorgt dafür, daß der 5. Oktober ein Erntedankfest wird für unser Gedankengut“.

Herzlichen Dank.

Stellungnahme von Adolf Schmidt
Vorsitzender der Industriegewerkschaft
Bergbau und Energie zum Fall Heising

Liebe Genossinnen und Genossen!

Zum ersten Male in der Nachkriegsgeschichte, der Geschichte also unserer Republik, ist der Arbeitsfrieden in allen Betrieben der Ruhrkohle AG, also fast des gesamten Steinkohlebergbaus an der Ruhr, akut aufs ernsthafteste gefährdet.

Grund dafür ist die Passage einer Rede, die der Werksleiter des Verbund-Bergwerkes Haus Aden Grimmsberg 34 als Funktionär des Verbandes vor Führungskräften von Mitgliedern dieser Organisation gehalten hat.

Mit den vier Sätzen, die ich Ihnen gleich zitieren möchte, setzte er die Bemühungen der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, mehr Angestellten das Wahlrecht zum Betriebsrat zu geben, damit sie dessen Schutz in Anspruch nehmen können, gleich mit der Gleichschaltungspolitik der Nazis.

Ich lese Euch die vier Sätze vor:

„Hier geht es der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie einzig und allein darum, die außertariflichen Führungskräfte als selbständige Interessengruppe mit ihren gruppenspezifischen Anliegen wegzubekommen und die AT-Angestellten in der größeren Masse der Tarifangestellten und letztlich in der großen Masse aller Arbeitnehmer gleichzuschalten. Wehren wir uns persönlich, wehren wir uns als Gruppe gegen alle diese Versuche und Machenschaften, denn sie dienen nicht dem einzelnen, sie dienen nicht uns als Gruppe und sie dienen auch nicht der gesellschaftspolitischen Entwicklung. Sie dienen im Wege der Gleichschaltung nur der Machtvergrößerung, Vergrößerung einer gesellschaftspolitischen Gruppierung, die bereits soviel Macht hat und ausübt, daß einem manchmal angst und bange werden kann, werden doch bei zumindest vielen Älteren von uns Erinnerungen an eine unselige Zeit wach, wo auch alles gleichgeschaltet wurde und nur noch eine Meinung zu herrschen hatte. Gerade wir, die wir diese damalige Entwicklung bewußt mitgemacht haben, sollten hier hellwach werden und uns mit aller uns zu Gebote stehenden Kraft gegen eine Wiederholung dieser Entwicklung wehren.“

Dieser außerordentliche Skandal mit seiner ganz besonderen Dimension, Genossinnen und Genossen, hat den Vorstand der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie bestimmt, den Vorstand der Ruhrkohle AG aufzufordern, Herrn Heising von seiner jetzigen Verantwortung abzuberufen.

Die vom Gewerkschaftsvorstand gesetzte Frist ist gestern abgelaufen. Erfolgt die Abberufung nicht in den nächsten Stunden, werden die organisierten Arbeiter und Angestellten den Skandal mit ihren Mitteln, auf ihre Weise, beenden.

Es ist Bergleuten nicht zumutbar, ihrem Gewerbe so nachzugehen, als sei nichts passiert, solange Herr Heising im Amt ist.

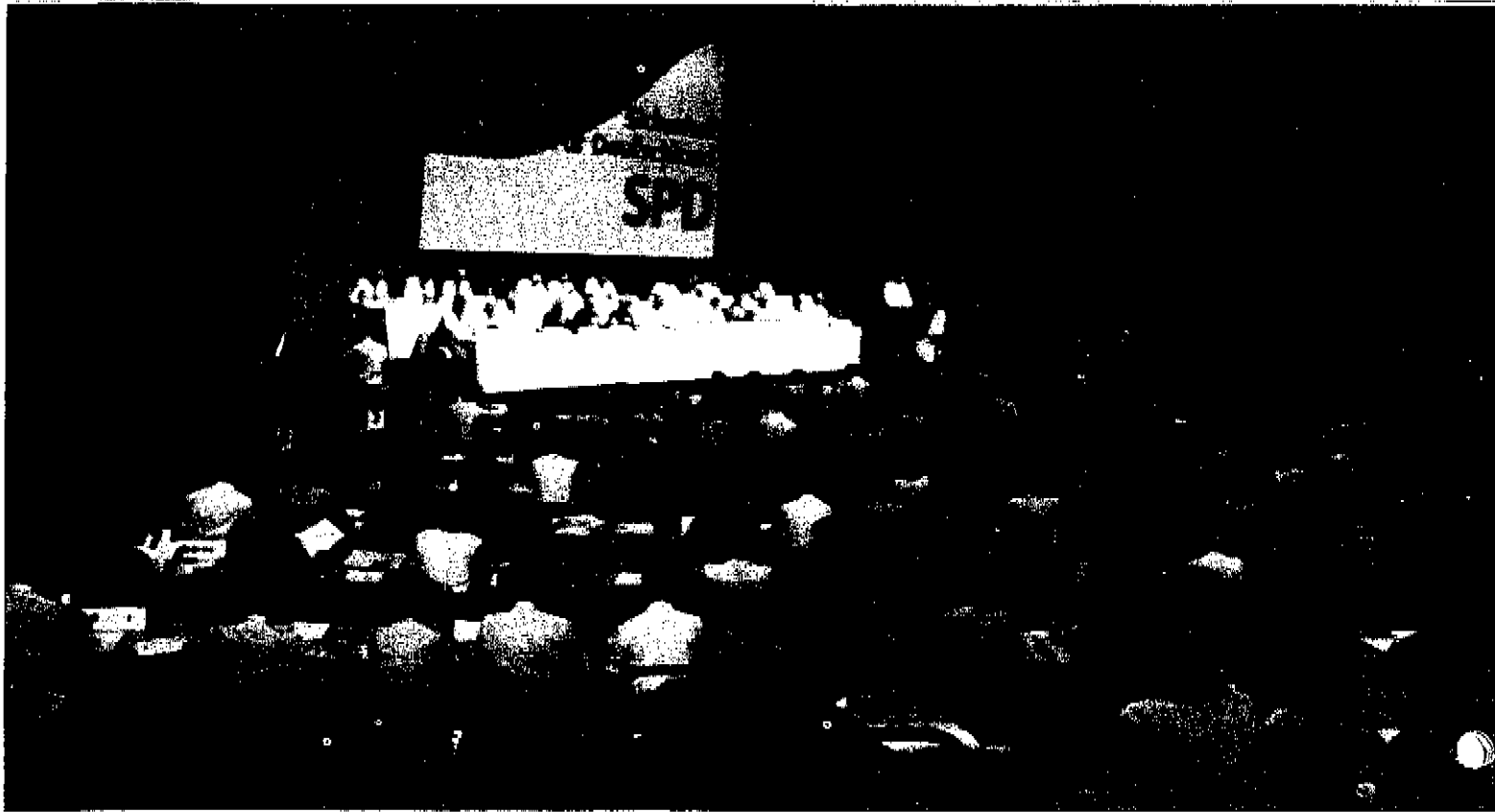
Bei dem demokratischen Selbstverständnis der IG Bergbau und Energie, in Erinnerung und im Andenken an unsere Opfer der Gleichschaltungspolitik werden wir durchsetzen, daß er sein Amt zu verlassen hat.

Die nachstehende Resolution wurde während der Landesdelegiertenkonferenz verteilt.

Der Landesvorstand hat in seiner Sitzung am 16. August 1980 über die Auseinandersetzung der IG Bergbau und Energie mit dem Vorstand der Ruhrkohle AG in der Angelegenheit Heising beraten.

Der Landesvorstand hat kein Verständnis dafür, daß ein an so verantwortlicher Stelle eines großen Unternehmens Stehender skrupellos die Bergarbeiter und ihre demokratische Organisation eines faschistischen Verhaltens bezichtigt.

Die große Empörung der Bergleute in der Ruhrkohle AG über diesen unerhörten Vorgang hält der Landesvorstand für berechtigt.



2. Wahl der Mandats- prüfungskommission

Es wurden vorgeschlagen und gewählt:

Archimowitz, Max
Kalkbrenner, Hans
Mittelberg, Wilfried
Verhoeven, Rainer

NR
MR
OWL
WW

3. Beschlüßfassung über a) Tagesordnung b) Geschäftsordnung

Nachstehende **Tagesordnung** wurde angenommen:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Landesvorsitzenden Ministerpräsident Johannes Rau;
2. Wahl der Mandatsprüfungskommission;

3. Beschlußfassung über
 - a) Tagesordnung,
 - b) Geschäftsordnung;
4. Grußworte;
5. Konstituierung der Landesdelegiertenkonferenz
 - a) Wahl eines Versammlungsleiters,
 - b) Wahl eines Schriftführers,
 - c) Wahl eines Vertrauensmannes,
 - d) Wahl eines stellvertretenden Vertrauensmannes,
 - e) Wahl von zwei Versammlungsteilnehmern zur Versicherung an Eides Statt,
 - f) Wahl der Wahlkommission;
6. Bericht über die Mandatsprüfung;
7. Beschlußfassung über die Landesreserveliste;
8. Referat des Parteivorsitzenden Willy Brandt; danach eventuell Fortsetzung von TOP 7
9. Schlußwort

Nachstehende **Geschäftsordnung** wurde angenommen:

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind die von den Bezirken bzw. Unterbezirken gewählten Delegierten.
2. Die Landesdelegiertenkonferenz ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten abstimmen.
3. Die Beschlüsse der Landesdelegiertenkonferenz werden mit einfacher Mehrheit gefaßt.

4. Die Wahl der Kandidaten der Landesreserveliste ist geheim. Es werden gewählt:
im 1. Wahlgang der Spitzenkandidat,
im 2. Wahlgang die Gruppe von Platz 2 bis Ende der Landesreserveliste.
Über Änderungsanträge zur vorgeschlagenen Landesreserveliste wird gesondert geheim abgestimmt. Änderungsvorschläge sind bis vor Eintritt in TOP 5 einzubringen.
Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält.
5. Die Redezeit für Diskussionsredner beträgt fünf Minuten.
6. Die Diskussionsredner erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen das Wort. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.
7. Berichterstatter können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
8. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten außer der Reihenfolge der Diskussionsredner das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt fünf Minuten.
9. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner für und gegen den Antrag gesprochen hat.
10. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluß der Debatte zulässig.

4. Grußworte

Adolf Gräwe
Bürgermeister der Stadt Gütersloh

Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren Delegierten!

Ich möchte mich zunächst recht herzlich für die freundliche Einladung bedanken, an Ihrer Landesdelegiertenkonferenz teilzunehmen, und gerne entspreche ich auch Ihrem Wunsch, hier ein Grußwort für die Stadt Gütersloh zu sprechen.

Ich freue mich und ich bin zugleich auch dankbar dafür, daß Sie unsere neue Stadthalle zum Tagungsort gewählt haben. Ihnen allen ein sehr herzliches Willkommen in unseren Räumen, die, so hoffe ich, Ihren Aufenthalt in Gütersloh angenehm gestalten werden. Wir sind stolz auf diese Halle, wir freuen uns darüber, daß sie, das läßt sich jetzt nach knapp einem Jahr schon sagen, so gut für örtliche und überörtliche Veranstaltungen in den unterschiedlichsten Bereichen angenommen wird.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, daß ich Ihnen unsere Stadt Gütersloh ganz kurz vorstelle, Gütersloh ist eine relativ junge Stadt, die Stadtrechte wurden erst im Jahre 1825 verliehen, von da ab mit Beginn der Industrialisierung gab es eine rasche und kontinuierliche Aufwärtsentwicklung, am besten ist sie abzulesen an der Einwohnerzahl, 1825: 2.500, 1980: 80.000.

Mitgetragen und wesentlichen Einfluß auf diese Entwicklung hatte die Expansion der Gütersloher Wirtschaft, deren Vielseitigkeit in der Vergangenheit und auch heute von besonderer Bedeutung war und ist, denn die Beschäftigtenzahl und die Be-

schäftigtenlage ist nach wie vor gut, wir haben in Gütersloh kaum Arbeitslose zu verzeichnen. Im Gegenteil: Ich wage es zu behaupten, bei uns in Gütersloh herrscht Arbeitskräftemangel. Sie finden in Gütersloh die Hauptverwaltungen weltweiter Unternehmen, und wir verfügen nebenbei über leistungsstarke mittelständische Betriebe. Das alles stellt den Grund dafür dar, daß wir in Gütersloh wirtschaftliche Krisenzeiten relativ leicht und gut überwinden konnten.

Die wachsende Bedeutung dieser Stadt ist auch von einigen Neugliederungsmaßnahmen abhängig geworden, vor 10 Jahren erreichte Gütersloh dadurch von 60.000 80.000 Einwohner, und wir sind auch seit 1973 Kreisstadt des neugebildeten Kreises Gütersloh.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sind zur Landesdelegiertenkonferenz hier nach Gütersloh gekommen, insbesondere, um Ihre Landesliste für den 5. Oktober aufzustellen. Nach Paragraph 21 des Grundgesetzes wirken die Parteien bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Die Aufstellung der Landeslisten ist eine der wichtigsten Akte dieser Mitwirkung der politischen Parteien. Hierdurch fallen wesentliche Vorentscheidungen, wer in Zukunft im Deutschen Bundestag sitzt.

Ich wünsche Ihnen, meine Damen und Herren, eine gute Beratung und einen angenehmen Aufenthalt in Gütersloh.

Vielen Dank.

Peter Stolper

Gütersloh, 17. August 1980 (Landesdelegiertenkonferenz NRW)

Liebe Genossinnen, liebe Genossen dieses Parteitags, lieber Willy Brandt, lieber Johannes Rau!

Ich heiße Euch im Namen aller Genossinnen und Genossen des Unterbezirks Gütersloh herzlich willkommen.

Diese Kongreßhalle, in der wir heute tagen, ist zwar nicht die Westfalenhalle und Gütersloh ist nicht Dortmund, also nicht die Stadt, von der man sagt, sie sei die heimliche Hauptstadt der Sozialdemokraten, doch Genossinnen und Genossen, das tut unserem Selbstbewußtsein hier in unserem Unterbezirk keinen Abbruch, denn mit einigem Stolz kann ich Euch berichten, daß unsere Partei bei den Landtagswahlen in etwa der Hälfte der drei angehörigen Städte und Gemeinden stärkste Partei geworden ist, auch hier in Gütersloh.

Genossinnen, Genossen, das sind für uns Verpflichtungen. Ich kann Euch versichern: im Unterbezirk Gütersloh ist der Wahlkampf bereits auf Touren gekommen. Unsere Bundestagskandidatin, die Genossin Katrin Fuchs, – und laßt mich morgen hierher kam, war das an sich für mich klar, daß das, was hier in unserem Bezirk aufgrund breiter Basisdiskussion besprochen worden war, auch weiterhin Gültigkeit haben würde, und wie ich heute morgen hierher komme, höre ich so zwischen Tür und Angel, daß inzwischen die Beschlußlage ein wenig anders geworden ist, einige Delegierte haben das mit Mißstimmung wahrgenommen, – hat in den vergangenen Wochen, wie ich meine, einen exzellenten Vorwahlkampf geführt und sozialdemokratische Positionen der Friedens- und Entspannungs-, der Wirtschafts- und Sozialpolitik deutlich

gemacht. Auch auf die Spielregeln, nach denen aus unserem sozialdemokratischen Verständnis heraus unsere freiheitlich demokratische Gesellschaft zu achten hat, hat sie immer wieder hingewiesen.

Genossinnen und Genossen, und das ist genau hier in unserem ländlichen Raum trotz aller Wahlerfolge, auf die ich eben hingewiesen habe, sehr notwendig, denn es ist doch ein stark konservativer Raum.

Es waren in den vergangenen Tagen in der regionalen Presse Schlagzeilen zu lesen, die einen in dieser Hinsicht nachdenklich stimmen müßten. Ich denke hier an die Berichterstattung, vor allem über einen Betrieb, in dem durch unternehmerische Mißwirtschaft und Irreführung der Arbeitnehmer rund 360 Arbeitsplätze verlorengegangen sind. Und ich denke an einen anderen, metallverarbeitenden Betrieb, in dem von vorzeitiger Pensionierung und innerbetrieblicher Umbesetzung, verbunden mit Lohnminderung, die Rede ist.

Genossinnen und Genossen, das sind keine guten Nachrichten. Die betroffenen Arbeitnehmer, ihre Gewerkschaften, ihre Betriebsräte brauchen deshalb die volle Unterstützung der Partei.

Ich bin dankbar, daß durch die Gesetzesinitiativen von uns Sozialdemokraten die schlimmsten Auswirkungen von Arbeitslosigkeit gemildert werden können. Doch es zeigt sich hier sehr konkret, daß wir an unseren Vorstellungen der Erweiterung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer, dem Ausbau der Rechte der Betriebsräte, weiter intensiv arbeiten müssen.

Auf einen anderen Vorgang will ich in diesem Zusammenhang noch kurz hinweisen, der deutlich macht, welchen Gefahren unsere verfassungsmäßig gewährleisteten Grund-

rechte durch ein überzogenes konservatives Denken und Handeln ausgesetzt sind. Es handelt sich in diesem Fall um einen Berufsverbotevorgang.

Ein Stadtdirektor und die hinter ihm stehende CDU haben einem Sozialarbeiter den Arbeitsvertrag fristlos gekündigt, wie sie es sagen, aus arglistiger Täuschung heraus. Der Sozialarbeiter ist Mitglied der DKP, ich meine, das tut aber der Sache keinen Abbruch. Der Mann ist im Auftrag der Stadtverwaltung bespitzelt worden.

Ich kann Euch diesen Fall hier nicht in allen Einzelheiten deutlich machen. Es zeigt sich hier nur in unserem Raum, daß dort, wo schwarze Mehrheiten regieren, sie oft das zum Recht machen, was willkürliches Recht ist, und nicht das Recht beachtet wird, das für alle Bürger dieses Landes verbindlich ist.

Tatsache ist, daß der demokratische Rechtsstaat und die verfassungsmäßig verbrieften Grundrechte eines Mitbürgers durch das gesetzwidrige Verhalten einer Stadtverwaltung verletzt worden sind.

Genossen, das sind Realitäten, mit denen wir uns hier vor Ort herumschlagen. Doch seid sicher: Die Sozialdemokraten des Unterbezirks Gütersloh, organisiert in 19 Ortsvereinen, sind auf den vor uns liegenden Wahlkampf gut vorbereitet.

Abschließend, Genossinnen und Genossen, kann man hier und da auch etwas Angenehmeres aus unseren Bereichen berichten, z.B. daß heute aus weiter Ferne des Landes so viele Sozialdemokraten nach Gütersloh gekommen sind.

Dafür bedanken wir uns, Genossinnen und Genossen. Wir wünschen Euch einen erfolgreichen Tag.

Heinz Junker

Vorsitzender des SPD-Bezirks Ostwestfalen-Lippe

Meine Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen!

Ich darf Euch die Grüße und guten Wünsche der nur knapp 29.000 Mitglieder des Bezirks Ostwestfalen-Lippe überbringen. Wenn ich sage, „nur“, dann will ich damit ausdrücken, daß wir der kleinste Bezirk in diesem Lande sind, was uns aber in unserem Selbstwertgefühl nicht beeinträchtigt. Ein Bezirk auch in „Randlage“. Wenn Ihr die Karte in Eurer Broschüre nehmt, dann ist dieser rote Fleck im Nord-Osten des Landes der größere Teil des Bezirks Ostwestfalen-Lippe. Ihr werdet feststellen, daß das nicht alles rot ist, aber um Haaresbreite hätten wir im Landtagswahlkampf diesen roten Fleck noch wesentlich vergrößert, es handelt sich um 150 Stimmen. Insoweit leisten wir als kleiner Bezirk einen Beitrag zur politischen Stabilität in diesem Lande, denn mit unseren Landtagsabgeordneten, die wir in direkter Wahl entsenden, sichern wir auch die Regierung Johannes Rau, und sind darauf ein bißchen stolz.

Wir haben hier in Ostwestfalen-Lippe eine alles in allem gute Mischung. Wir haben alte Traditionsgebiete, in denen die Partei uralt ist und beachtliche Namen in der Parteigeschichte hervorgebracht hat, wir haben auch Diasporagebiete, aber auch in diesen Diasporagebieten sind wir in den letzten Wahlen beachtlich nach vorn gekommen, und wir haben mit einer gewissen Freude registriert, daß wir bei den Kommunalwahlen und auch bei den Landtagswahlen den Landesdurchschnitt um etwa 1 % Plus übertroffen haben.

Nicht, daß wir uns dessen rühmen, wir können aber eine gewisse Freude, daß das so ist, nicht unterdrücken, sagen aber dazu: Wir gönnen diesen Fortschritt der Partei im ganzen Lande, denn wir fühlen uns mit der ganzen Landespartei eng verbunden und freuen uns, daß wir als kleiner Bezirk bei einer so bedeutsamen Veranstaltung wie heute in dieser großen Gemeinsamkeit der nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten aufgehoben sind.

Wir haben also einen Beitrag geleistet zur politischen Fortentwicklung in diesem Lande, wir leisten auch Beiträge zur Gesundheit dieses Landes, denn, was wenig bekannt ist, wir haben schon manchen Landesminister hier in Nordrhein-Westfalen ganz schön frisch gemacht. In unseren Heilbädern nämlich, da sind sie hingekommen, haben sich erholt und dann mit neuer Kraft ihre Arbeit in Düsseldorf fortgesetzt.

Dies ist nicht nur ein Land mit wirtschaftlicher Aktivität, sondern mit hohem Erholungs-, Freizeit- und Gesundheitswert. Unser Teutoburger Wald, den Ihr nicht ganz erreicht habt, Ihr habt 13 km vor dem Teutoburger Wald Halt gemacht, ist ein lohnendes Gebiet in unserem Lande, und Willy Brandt kann das bestätigen, mit dem haben wir mal eine Drei-Tages-Wanderung gemacht, und das war ein großer Erfolg.

Wir tragen also auch zum Erholungswert bei, wir tragen zur wirtschaftlichen Stabilität dieses Landes bei, es ist schon gesprochen worden über die gute Wirtschaftsstruktur hier, und wir erfreuen uns einer unterdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit, die lange Zeit weit unter 3 % gelegen hat und im Augenblick die 3 % gerade überschritten hat.

Dies gibt mir die Gelegenheit, der Landesregierung für vielerlei Hilfen finanzieller Art zu danken. Die CDU in Ostwestfalen-Lippe

hat hier eine gewisse Neigung zu sagen, sie denke nur an das Ruhrgebiet und Ostwestfalen vergessen sie. Die Zahlen zeigen, daß es nicht so ist, daß Ostwestfalen sich mit dem, was es von der Landesregierung bekommt, durchaus sehen lassen kann. Dafür haben wir bei dieser Gelegenheit Dank zu sagen.

Wir haben auch Dank zu sagen für die vielfältige Unterstützung, die wir durch den persönlichen Einsatz aus anderen Landesteilen, der Minister, Staatssekretäre und sonstigen in Wahlkämpfen immer registrieren. Auch dafür an dieser Stelle einmal Dank.

Wir sind ein kleiner Bezirk, kommen deshalb gelegentlich nicht ganz ohne Schrammen aus Kompromissen heraus, tragen das aber mit Fassung, versuchen, uns zu behaupten und gehen davon aus, daß wir auch in Zukunft unsere Rolle in diesem Lande spielen werden, daß wir alle Kraft einsetzen wollen nach den guten Erfolgen bei der Kommunalwahl und bei der Landtagswahl am 5. Oktober, das was Johannes Rau das Erntedankfest genannt hat, mit einem kräftigen Beitrag unsererseits.

Wir hoffen, daß die heutige Konferenz uns dazu einen guten Start gibt.

Schriftliches Grußwort

von Dov Ben Meir, 1. Vorsitzender der Histadruth, Bezirk Tel-Aviv-Javo

Liebe Genossinnen und Genossen!

Zunächst erlaubt mir, Euch nochmals zum Sieg bei der Landtagswahl herzlich zu beglückwünschen. Bei uns gibt es ein Sprichwort: „Die Geschichte wiederholt sich zwar, aber das zweite Mal ist sie teurer“. So kann ich Euch nur wünschen, daß sich die Geschichte am 5. Oktober wiederholt – ich hoffe, nur auf Kosten der CDU!

Die Sozialdemokratie auf der ganzen Welt wartet auf Euren Sieg als Zeichen ihrer Wiederregeneration in der demokratischen Welt, besonders nach den Rückschlägen, die wir leider in den 70iger Jahren erhalten haben.

Hauptsächlich wir, die israelischen Sozialisten, erwarten und erhoffen Euren Sieg, um gemeinsam die Probleme des deutschen und israelischen Sozialismus zu behandeln.

Diese Probleme gehörten bis 1973 nur dem „nahen Osten“ an. In den letzten Jahren haben sie sich zu brennenden Weltproblemen entwickelt. So könnt Ihr sicher verstehen, daß ich das „Zurück-an-die-Macht-Kommen“ der Israelischen Arbeiterpartei 1981 als selbstverständlich annehme.

Wenn dies so eintrifft, so waren es Eure helfenden und nützlichen Hände und die direkte und indirekte Hilfe, die Ihr uns in den schweren Jahren seit unserer Niederlage geboten habt.

Trotz allem muß ich auf den beunruhigenden Rückschritt Europas gegenüber Israels in den letzten zwei Jahren hinweisen. Es stimmt zwar, daß die rechtsführende Regierung Israels Euch Schwierigkeiten macht, aber in all den Jahren bitten wir und bringen Euch in Erinnerung: Der israelische Staat ist ein Schiff, das nicht versinken darf, weil der Kapitän Euch nicht gefällt.

Die Tatsache, daß die PLO und die Mehrheit der arabischen Länder an der physischen Vernichtung Israels interessiert sind, braucht keinen Beweis. Ihr dürft in dieser Beziehung nicht mit-helfen, wenn auch das Öl-Problem drückend ist und unsere heutige Regierung Euch nicht entgegenkommt. Aber so wie ich das vorher sagte: Bitte lassen wir das bis nach dem Sieg.

Wenn dies alles geschieht bis 1981, bin ich sicher, daß wir den gemeinsamen sozialistischen Weg finden werden zur Lösung aller brennenden Probleme – die des Nahen Ostens eingeschlossen.

(Dov Ben Meir ist Mitbegründer der Partnerschaft der Arbeiterpartei Bezirk Tel-Aviv und des SPD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen)



5. Konstituierung der Landesdelegiertenkonferenz

Es wurden vorgeschlagen und gewählt:

a) Versammlungsleiter	Junker, Heinz	OWL
b) Schriftführer	Selle, Hilmar	WW
c) Vertrauensmann	Bäumler, Hans Otto	NR
d) stellvertretender Vertrauensmann	Maedge, Rainer	MR
e) zwei Versammlungsteilnehmer zur Versicherung an Eides Statt	Farthmann, Friedh. Grüenschläger, Rich.	NR WW
f) Wahlkommission		
Archimowitz, Max		NR
van Bebber, Hans		NR
Beucher, Julius		MR
Dether, Anneliese		NR
Hamann, Hans		OWL
Hoffmeister, Manfred		OWL
Jung, Herbert		MR
Kalkbrenner, Hans		MR

Mittelberg, Wilfried	OWL
Vennebusch, Reinhold	WW
Verhoeven, Rainer	WW
Wolf, Karl-Heinz	WW

Heinz Junker stellte fest:

Die Landesdelegiertenkonferenz tagt als besondere Vertreterversammlung nach § 27 Abs. 5 in Verbindung mit § 21 Abs. 1 Satz 3 des Bundeswahlgesetzes zur Aufstellung der Bewerber der Landesliste für Nordrhein-Westfalen.

Die Delegierten sind in Vertreter- oder Mitgliederversammlungen der Partei in Nordrhein-Westfalen frühestens am 28. Juli 1979 und spätestens am 16. August 1980 gewählt worden (d.h. bei der Landesdelegiertenkonferenz sind nur die gewählten Delegierten stimmberechtigt).

6. Bericht über die Mandatsprüfung

Hans Kalkbrenner erstattete Bericht.

Der Delegiertenschlüssel wurde auf der Bemessungsgrundlage der abgerechneten Beitragsquartale II, III und IV 1978 wie folgt festgestellt:

Ordentliche Delegierte		davon anwesend
Ostwestfalen-Lippe	30	30
Westliches Westfalen	145	145
Niederrhein	72	70
Mittelrhein	53	52
gesamt	300	297

Die Mandatsprüfung ergab keine Beanstandungen.

7. Beschlüßfassung über die Landesreserveliste

Die Stimmberechtigung aller Erschienenen, die Anspruch auf Stimmgabe erheben, ist festgestellt worden. Die Stimmberechtigung wird nicht angezweifelt.

Nach dem von der Versammlung gefaßten Beschluß (Punkt 4 der Geschäftsordnung) ist gewählt, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält.

Es ist mit verdeckten Stimmzetteln geheim abzustimmen.

So wurde verfahren.

Auf den Spitzenkandidaten auf Platz 1 der Landesliste Willy Brandt entfielen:

Stimmberechtigt: 297
abgegebene gültige Stimmen: 295
Ja-Stimmen: 294
Nein-Stimmen: -
Enthaltungen: 1

Auf die übrigen Kandidatinnen und Kandidaten entfielen bei der nachfolgenden kumulierten Einzelwahl folgende Stimmen:

Stimmberechtigte: 297
abgegebene Stimmzettel: 294
gültige Stimmzettel: 293
ungültige Stimmzettel: 1



Platz-Nr.	Name	Ja	Nein	Enth.
2.	Hans Jürgen Wischnewski	283	6	1
3.	Antje Huber	273	14	1
4.	Adolf Schmidt	274	13	2
5.	Annemarie Renger	276	10	1
6.	Horst Ehmke	286	4	1
7.	Jürgen Schmude	280	7	2
8.	Hermann Buschfort	278	10	
9.	Erhard Mahne	275	11	1
10.	Waltraud Steinhauer	266	21	
11.	Erwin Stahl	278	8	1
12.	Anke Fuchs	284	5	2
13.	Günter Schlatter	257	28	
14.	Helmut Becker	278	5	3
15.	Franz Müntefering	275	7	4
16.	Engelbert Sander	276	7	3
17.	Uwe Holtz	279	10	2
18.	Dieter Heistermann	278	5	6
19.	Horst Jaunich	280	5	2
20.	Hans Gottfried Bernrath	275	9	4
21.	Erich Berschkeit	274	7	4
22.	Wolf-Michael Catenhusen	247	37	3
23.	Volkmar Kretkowski	275	8	5
24.	Rudolf Purps	280	5	2
25.	Wilhelm Nöbel	274	11	2
26.	Karl-Heinz Hansen	180	92	9
27.	Heinz Alfred Steiner	271	11	4
28.	Klaus Thüsing	196	75	10
29.	Helmut Esters	275	8	4
30.	Karl-Heinz Klejdzinski	272	9	4
31.	Josef Vosen	276	8	2
32.	Helga Schmedt	267	18	4
33.	Lothar Witek	274	7	3
34.	Horst Ginnuttis	277	10	2
35.	Lothar Ruschmeier	261	18	2
36.	Rudolf Dreßler	280	8	1
37.	Heinz Assmann	269	15	2
38.	Katrin Fuchs	267	19	3
39.	Martin Wendt	275	9	4
40.	Heinz Pensky	278	5	4
41.	Jochen Stemplewski	227	52	6
42.	Heinz Schreiber	271	14	2
43.	Günter Schuiz	276	6	6
44.	Hans Ettrich	241	14	3
45.	Horst Pannhorst	275	9	5
46.	Uwe Jens	283	4	2
47.	Gisela Brauckmann	281	6	4
48.	Jürgen Wilhelm	277	6	3
49.	Elisabeth Hirsch	278	7	4
50.	Wilfried Penner	281	6	2
51.	Flisabeth Petzina	269	20	2



Platz Nr.	Name	Ja	Nein	Enth.					
52.	Helmut Huntgeburth	275	9	1	64.	Heinrich Tiekötter	277	5	5
53.	Manfred Gessner	278	6	1	65.	Harald Kirchner	279	3	3
54.	Adolf Ostertag	274	13	2	66.	Herbert Loot	277	6	4
55.	Helma Meier	283	6	2	67.	Helmut Wiczorek	274	9	3
56.	Thomas Schröer	280	8	1	68.	Karin Dost	282	4	3
57.	Klaus Lennartz	277	8	2	69.	Peter Reuschenbach	274	11	1
58.	Sigrid Falke	271	16	1	70.	Wolfgang Scharping	277	5	4
59.	Otto Reschke	274	9	2	71.	Martin Drewke	277	6	3
60.	Hans-Ulrich Wolf	278	7	2	72.	Günter Schluckebier	278	5	3
61.	Konrad Gilges	271	11	4	73.	Rolf Klimmek	280	3	4
62.	Erich Meinike	225	53	5	74.	Jochen Liedtke	277	7	4
63.	Wolfgang Kusawe	279	5	3	75.	Friedrich Schepsmeier	280	5	3
					76.	Jürgen Osthus	279	4	5

Damit waren alle Kandidaten im ersten Wahlgang gewählt.



8. Referat des Parteivorsitzenden Willy Brandt

Genossinnen und Genossen, liebe Freunde!

Ich freue mich sehr, daß ich dabei sein kann und hier jetzt etwas sagen soll und darf und auch gerne will. Und ich möchte mich ganz herzlich bedanken für das Vertrauen, mit dem Ihr mich erneut ausgestattet habt.

Im übrigen könnt Ihr Euch darauf verlassen, ich gucke auf die Tür nachher, und wenn er kommt und fertig ist mit dem Auszählen, dann nähere ich mich auch meinem Schluß. Ich erfülle also gewissermaßen die Funktion eines Lückenbüßers, bis ausgezählt worden ist.

Die erste Frage, die man hier stellen soll, ist von mir aus:

„Welches ist der spezifische Beitrag, der von Nordrhein-Westfalen für den 5. Oktober erwartet wird?“

NRW stellt 148 Abgeordnete im jetzigen Bundestag. Das wird ungefähr so bleiben, wenn auch die Zahl der Wahlkreise – wie Ihr wißt – von 73 auf 71 zurückgegangen ist.

Von den 214 direkt gewählten – plus 10 Berliner – Abgeordneten der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion kommen

70 aus NRW. Sie konnten sich vor vier Jahren, 1976, auf rund 5,3 Millionen Erststimmen und 5,15 Millionen Zweitstimmen stützen.

Nun ist unser Wahlziel für den 5. Oktober bekanntlich, zunächst und vor allem dafür zu sorgen, daß die Bundesregierung in Bonn weiterarbeiten kann, noch konkreter, daß wofür die Mehrheit der Wähler ohnehin – meinem Eindruck nach – ist, Helmut Schmidt Bundeskanzler bleibt und eine verbreiterte Vertrauensgrundlage erhält.

Unser erklärtes Wahlziel ist darüber hinaus, daß wir wieder die stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag werden und daß wir wieder den Bundestagspräsidenten stellen, so wie wir es von 1972 bis 1976 mit Annemarie Renger getan haben.

Dazu muß die Partei Stimmen und Mandate hinzugewinnen: Um auf einen Bundesdurchschnitt von 45 Prozent zu kommen – also 2,4 % mehr als vor vier Jahren – brauchen wir (nach bisherigen Erfahrungswerten) 50,4 % in NRW, also 3,5 % mehr als vor vier Jahren.

Johannes Rau hat auf dieses konkrete Ziel schon hingewiesen in seiner Eröffnungsrede, in Ziffern heißt das für Nordrhein-

Westfalen in etwa: 5,2 Millionen Stimmen sichern und jedenfalls 300.000 hinzugewinnen.

Um stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag zu werden, brauchen wir jedenfalls 15 Mandate mehr als bisher und dann müssen 5 davon zusätzlich aus NRW kommen. Das ist zu schaffen!

Im November 72 bekamen wir in NRW bei 50,4 % der Stimmen, die ich jetzt als neues Ziel setze, 75 Abgeordnete aus NRW, und zwar 52 Direktmandate und 23 Listenmandate. Die Chancen, wenn wir uns umschauen, sind insgesamt nicht schlecht. Und sie sind gerade in NRW nicht schlecht, wie die Landtagswahlen im Mai gezeigt haben.

Die Funktionäre, die Mitglieder und die Wähler der Partei in NRW haben eine für die ganze Bundesrepublik beispielhafte Entscheidung getroffen, für die ich als Parteivorsitzender noch einmal aufrichtig zu danken habe.

Die Wähler in NRW haben nun aber auch mit dem Blick auf den 5. Oktober eine besondere Verantwortung für die ganze Bundesrepublik: Ein gutes Ergebnis in NRW ist die halbe Miete.

Ich denke, wir können den spezifischen Beitrag erbringen, der vom größten Bundesland erwartet wird. Aber es wäre schlecht, liebe Freunde, wenn man anderswo in der Bundesrepublik glaubte, sich nicht auch voll anstrengen zu müssen. Gelegentlich wird nämlich etwas unbedarft über sozialdemokratische Traditionsgebiete gesprochen, und manchmal könnte das den Eindruck erwecken, als verließ man sich auf eine Art sozialdemokratischer Packesel in der Gesamtpartei.

Viele hier in diesem Saal wissen, wie es in den meisten Teilen dieses Landes ausgesehen hat – auch im Revier, was viele vergessen –, von den ländlichen Bezirken ganz zu schweigen.

Und daß es vor noch gar nicht so vielen Jahrzehnten einige Städte gab, in denen nicht nur das Zentrum, sondern auch die KPD vor der Sozialdemokratie rangierte bei den Wählerentscheidungen. Dies alles hat wettgemacht werden müssen, und neues Terrain hat erschlossen werden müssen. Wo die CDU in den vergangenen Jahren als wählerstärkste Partei abgelöst wurde, ist das ja auch nicht von allein gekommen.

Jetzt geht es erstens, liebe Genossen, erneut darum, das Vertrauen zu rechtfertigen, das die deutschen Arbeiter, in deren Namen wir angetreten sind, uns entgegenbringen.

Zweitens: Noch mehr solcher Wähler zu gewinnen, die zur CDU kein Vertrauen mehr haben.

Und drittens: Offen zu sein gegenüber dem, was sich neu regt und nach vorn drängt. Mit andern Worten, kritisch und mobil zu bleiben – aufgeschlossen und immer wieder neu fähig zum Dienst am Mitbürger, am Mitmenschen.

Und außerdem müssen wir uns stets bewußt sein, daß das, was wir tun, europäisches Gewicht hat und manchmal sogar weltweite Bedeutung. Davon hat sich mancher gerade in diesen Wochen wieder nachdrücklich überzeugen können.

Aber nun gibt es unter uns, vielleicht auch in diesem Saal, jedenfalls sonst in der Partei, manche, die fragen: Sind wir nicht zu bescheiden? Nein, die das noch konkretisieren und sagen: Warum gehen wir nicht aufs Ganze?

Niemand verstößt gegen Programme und Statuten der Partei, wenn er auf's Ganze gehen möchte, es wäre ja keine Schande, wenn wir die Mehrheit bekämen, sondern es wäre eine schöne Bestätigung unserer Arbeit. Aber ich bin dafür, daß wir auf dem Teppich bleiben und daß wir uns nicht aufs Glatteis führen lassen, weder durch Wunschdenken noch durch manchmal recht zweifelhafte Voraussagen solcher, die auf unterschwellige Wählerbeeinflussung aus sind.

Vergessen wir bitte folgendes nicht: Vor vier Jahren hätte die CDU/CSU es beinahe geschafft, wie sie es auch 1969 fast allein geschafft hätte. 1976 hatten beide Unionsparteien 48,6 % der Zweitstimmen. Sie hätten deutlich über 49 % haben müssen, um die Mehrheit der Mandate zu erzielen. Wir hatten – wie Ihr wißt – vor vier Jahren 42,6 % der Stimmen. Wir müßten also einen Umschwung von 13 % erzielen.

6,5 bei uns dazu, 6,5 bei den anderen weniger, macht nach Adam Riese 6,5 und 6,5 – 13. Wir müßten einen solchen Umschichtungsprozeß erzielen, um die absolute Mehrheit im nächsten Bundestag zu gewinnen. Eine solche Verschiebung von einer Wahl zur anderen ist unter den Bedingungen des Verhältniswahlrechts unwahrscheinlich.

Aber, so könnt Ihr jetzt fragen, würde sich die Lage nicht verändern, falls die FDP unter 5 % bliebe, wie sie in NRW unter 5 % geblieben ist.

Das ist klar: Wenn nur zwei Parteien im Bundestag wären, dann würde die eine über die Mehrheit der Mandate verfügen, es sei denn, es ergäbe sich eine genaue Halbierung der Zahl der Gesamtmandate.

Wir tun jedoch gut daran, uns nicht bei solchen Gedankenspielen aufzuhalten, sondern nüchtern davon auszugehen, daß die FDP im nächsten Bundestag vertreten sein wird.

Es gibt manchen Grund zu der Vermutung, daß ihr Mißerfolg in NRW mancherorts in der Bundesrepublik sogar eine kleine Sympathiebewegung zu ihren Gunsten mit dem Blick auf den 5. Oktober ausgelöst hat.

Wir tun gut daran, uns in unserem Verhalten darauf einzustellen.

Wir stehen jedenfalls zu den Ergebnissen der gemeinsamen Arbeit in den vergangenen drei Legislaturperioden. Aber Stimmen muß jede Partei für sich allein aufbringen. Und wir müssen uns in aller Offenheit gegen die Irreführung wenden, die in dem Wort „Stimmensplitting“ zum Ausdruck kommt. Denn, so sehr wir uns über jedes direkt, also mit Erststimme erzielte Mandat freuen, so wenig können wir die Wähler im unklaren lassen darüber, daß über die Verteilung der Mandate, über die Zusammensetzung des Bundestages insgesamt durch die Zweitstimmen entschieden wird. Zweitstimmen sind alles andere als zweitrangige Stimmen.

Das wißt Ihr hier, aber es wissen nicht alle draußen; es wissen nicht einmal alle Mitglieder der eigenen Partei.

Wer den sozialdemokratischen Bundeskanzler will und wer die SPD will, der muß seine Erststimme für den Wahlkreiskandidaten und seine Zweitstimme für die Liste der deutschen Sozialdemokraten abgeben.

Ich bin dafür, daß wir mit den Freien Demokraten weiterhin sachlich und konstruktiv zusammenarbeiten. Aber ich bin nicht dafür, daß dem Wähler Unzutreffendes darüber gesagt wird, wie das Bundeswahlgesetz funktioniert.

Wir haben keine Stimme zu verschenken, und ich meine im übrigen, daß beide Koalitionsparteien Stimmen bisheriger CDU-Wähler bekommen können, hier vor allem aus dem Arbeitnehmerbereich, aber auch auf dem Lande.

Noch einmal: Wir wollen die Arbeit, die sich bewährt hat, in Bonn fortsetzen. Und wir wollen stärker werden als CDU und CSU zusammen. Wer das erreichen will, der hat weder Erst- noch Zweitstimmen zu verschenken.

So wird die Frage, die wir den Bürgern zu stellen haben, in erster Linie sein: Wer will eigentlich ernsthaft bestreiten, daß die Bundesregierung in diesen Jahren sich als leistungsfähig erwiesen hat und daß sie auch erfolgreich gewesen ist?

Was die Herren Biedenkopf und Barzel hier in Gütersloh am vergangenen Wochenende von sich gegeben haben, das war, wenn ich es recht verstanden habe – neben anderem, worauf Johannes Rau hingewiesen hat – ein vorweggenommener Schuldzuweis an andere, wenn sie es nicht schaffen. Und dabei hatten gerade diese beiden, Biedenkopf und Barzel, es nicht an tiefen Dienern vor dem Oberbayern fehlen lassen – nichts Schlechtes sonst über Bayern als deutschen Staat –, als ihnen dies opportun erschien.

Die CDU in Westfalen und im Rheinland soll nicht so tun, als sei ihr Strauß aufgezwungen worden. Gegen oder ohne die CDU-Führung in NRW hätte er gar nicht Kanzlerkandidat werden können.

Der Herr Barzel hat hier in Gütersloh mit dem wohl dazugehörenden Tremolo ausgerufen, die Bundesregierung führe „unser Vaterland in Gefahr“. Wenn er das meint, der Herr Barzel, dann sollte er sich vielleicht erst einmal prüfen, ob er für eine so schlimme Bundesregierung im Rahmen des deutsch-französischen Vertrages einen so wichtigen Posten einnehmen kann.

Das Vaterland in Gefahr? Barzel muß sich die Erfahrungen von Millionen einfacher Bundesbürger entgegenhalten lassen. Die haben sich, die Millionen von Bundesbürgern – und viele von ihnen in diesem Sommer auch außerhalb der deutschen Grenzen –, ihr eigenes Urteil darüber bilden können, was von den Unionssprüchen zu halten ist. Nämlich, daß sie mit der Wirklichkeit wenig oder nichts oder weniger als nichts zu tun haben.

Wer will ernsthaft bestreiten, so sollten wir im großen Gespräch mit den Bürgern sagen, wer will ernsthaft bestreiten, daß

große wirtschaftliche Gefahren von uns abgewendet wurden, daß wir den Vergleich mit den anderen Ländern gut aushalten. Und zwar ohne irgendeines der offenen und neuen Probleme auf die leichte Schulter zu nehmen. Tatsache ist, daß unsere Interessen in einer alles anderen als einfachen weltwirtschaftlichen Lage gut wahrgenommen wurden und werden. Und Tatsache ist auch, daß die bundesdeutsche Währung im internationalen Vergleich nicht schwächer, sondern fester, also wertvoller geworden ist.

Das wissen die meisten in unserem Volk; man muß es ihnen nur immer wieder klarmachen. Als wir die Regierungsführung übernahmen und schon damals Angstpropaganda betrieben wurde, „die Sozis werden die deutsche Währung kaputtmachen“, da zahlte man für einen amerikanischen Dollar 4 DM, und heute zahlt man für einen amerikanischen Dollar 1,80 DM. Mal ein bißchen mehr, mal ein bißchen weniger. Wir sagen das ja ohne Triumph – für die Exportindustrie ist das gar nicht so günstig –, aber das ist doch nicht ein Ergebnis dessen, daß in Washington die SPD regiert hätte, sondern in Bonn hat sie regiert und dazu beigetragen, daß die bundesdeutsche Währung wertvoller geworden ist.

Es gibt Menschen, die dies wissen, und denen man es klar machen muß, wenn sie es nicht wissen. Wir wollen nicht, daß dies kaputtgeredet wird, auch nicht durch die hundsgemeine, weil nicht nur schädliche, sondern auch wider besseres Wissen aufgestellte Behauptung, wir stünden vor einer neuen Währungsreform. Das ist der Versuch, an die Angst alter Menschen zu appellieren, die miterlebten, wie nach zwei Kriegen die deutsche Währung vernichtet worden ist.

Kaputtreden lassen dürfen wir auch nicht, was zur Wahrung unserer Interessen politisch in einer von Krisen geschüttelten Welt geschieht und geschehen ist, nicht erst in den letzten Monaten, sondern über die Jahre hinweg.

Ich will hier einmal an folgendes erinnern: In den Jahren 1966–69 haben wir den ehrlichen Versuch gemacht, die Außenpolitik der Bundesrepublik als Politik der aktiven Friedenssicherung auf eine breite Grundlage zu stellen. Und zwar damals in der Großen Koalition, die im Bund auch zwecks Gesundung der Finanzen zustande gebracht worden war.

Die Beziehungen zu Frankreich und zu den USA wurden in der Tat wieder in Ordnung gebracht und sind in Ordnung geblieben. Es war nötig, denn sie hatten in beiden Fällen Schaden gelitten. Die Normalisierung – soweit das geht – der Beziehungen zu den Nachbarn im Osten mußte erstrebt werden, damit wir in der Außenpolitik auf beiden Beinen stehen und unser Teil beitragen konnten, gefährliche Spannungen abzubauen.

Das war mit der CDU/CSU nicht möglich. Deshalb mußte es ohne sie, ohne daß wir das gewollt hätten, weitgehend sogar gegen sie gemacht werden. Und deshalb muß es auch weiterhin durch die gemacht werden, die den Kopf politisch nicht in den Sand stecken. Und das vom Vogel Strauß gesprochen: Es wären in der Tat schon damals Strauß und seine Mannen, die gegen Gebote der Vernunft mit Mitteln der Verdächtigung zu Felde zogen. Als Neinsager und Schwarzmalter sind sie sich treu geblieben.

Nun sind es, liebe Freunde, zehn Jahre seit dem Vertrag von Moskau, seit der Reise nach Erfurt und bald auch seit dem Besuch in Warschau. Äußere Stationen eines dornenvollen Weges, dessen Ende noch lange nicht in Sicht ist.

Unser konstruktives und aktives Mitwirken innerhalb des westlichen Bündnisses bleibt unerlässlich. Aber auch im Bemühen um den Abbau von Spannungen dürfen wir nicht nachlassen. Beides gehört zur Wahrung des deutschen Interesses, beides gehört zur Politik des Gleichgewichts, und für die gibt es, jedenfalls für mich nicht erkennbar, noch keine Alternative.

Aber die andauernde Gefährdung des Friedens sollte niemand auf die leichte Schulter nehmen, und da geht es nicht nur um Vorfälle in diesem und jenem und einem dritten Teil der Welt, sondern es geht um die nüchterne Tatsache, daß zehn Jahre Entspannung, politischer Entspannung, leider noch keinen Schritt militärischer Entspannung nach sich gezogen haben.

Und es ist meine feste Überzeugung – auch wenn sich das für manchen sehr pessimistisch anhört: Wenn es in den nächsten zehn Jahren nicht gelingt, das Rüsten und das Weltrüsten in den Griff zu bekommen, dann wird leider auch die politische Entspannung nicht überleben.

Da sieht man, wie groß, wie gewaltig die Aufgabe ist!

Vielen Menschen im Lande fällt es noch schwer zu begreifen, daß der Selbstmord der Menschheit zum erstenmal in der Geschichte der Menschheit technisch möglich geworden ist, während die politischen Sicherungen äußerst schwach geblieben sind.

Jede Minute, die wir hier heute vormittag beisammen sind, jede Minute bedeutet, daß 1 Million Dollar auf der Welt für Rüstung ausgegeben werden. An jedem Tag dieses Jahres, auch an diesem 17. August 1980, 2 1/2 Milliarden Dollar an einem Tag für Rüstung; und nicht mehr nur in Ost und West, sondern zunehmend auch durch die Militarisierung weiter Regionen der Dritten Welt.

Kann das eigentlich noch irgendjemanden gleichgültig lassen?

Wenn das so weitergehen müßte über die Achtzigerjahre hinaus, dann wird die Menschheit sich selbst kaputt machen.

Wollen wir bei dem Bemühen, das aufzuhalten, die eigene Rolle nicht überschätzen. Aber alles Gewicht und aller Einfluß, den wir als Bundesrepublik aufbieten können, die müssen zu Gunsten des Friedens und der Sicherheit und dann auch der Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung eingesetzt werden.

Deshalb ist es für mich, wie für viele in unserem Volk, nicht nur unverständlich, sondern ärgerlich, wenn an wichtigen Reisen des Bundeskanzlers immer nur herumgemäkelt wird.

Ich hoffe – ohne Rosinen im Kopf zu haben – auf gute Gespräche in der DDR und mit der DDR. Auch der andere deutsche Staat, so sehr er sich von uns unterscheidet, hat längst sein

eigenes Gewicht. Was könnte, so müssen wir die, die nur herummäkeln fragen, was könnte eigentlich besseres passieren, als wenn bei allen Unterschieden beide Deutschlands und damit doch Deutschland insgesamt sich als Faktor des Friedens in Europa und der Welt bewährte.

Ich – und ich glaube, hier kann ich mich zu Euer aller Sprecher machen – wir wünschen Helmut Schmidt Glück für seine immer noch so ungewöhnliche Reise.

Wir sind und bleiben eine Partei der westlichen Tradition, eine Partei der europäischen Einigung – so schwer das ist – und eine der weltweiten Sicherung des Friedens.

Dabei müssen wir die zunehmende Bedeutung dessen erkennen, was Nord – Süd genannt wird und was das Verhältnis zu den überwiegend armen und ärmsten Völkern der Dritten Welt angeht. Es geht nicht nur um mitmenschliche Verantwortung, sondern auch um gemeinsame Interessen und um eigene Arbeitsplätze.

Es wird zunehmend gehen und gehen müssen, ob es uns Spaß macht oder nicht, um die Zusammenhänge zwischen Weltrüstung und Weltentwicklung. So wie die Menschheit zum ersten Mal in ihrer Geschichte wissenschaftlich und technisch die Möglichkeit hat, Selbstmord zu begehen, so verfügt die Menschheit auch zum ersten Mal in ihrer Geschichte über die wissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten, den Massen hunger zu besiegen. Schon mit einem Teil dessen, was heute in aller Welt ausgegeben wird, könnte die Überwindung von Seuchen, nicht nur vorübergehend, erfolgen und könnte schrittweise der Hunger, der ja auch eine Kriegsursache werden kann, überwunden werden.

Ich bin jedenfalls auf der Seite der jungen Menschen, die dies nicht ruhen läßt. Und ich sage, wie der Mann, der einmal das Rote Kreuz aus dem Boden gestampft hat: Die Wachenden am Einschlafen hindern und die Schlafenden aufwecken!

Liebe Freunde, warum ist nun eigentlich Strauß immer dagegen?

Ich vermute, daß er das selbst nicht richtig erklären kann. Aber wie verworren, wie negativ seine Haltung ist, das hat man ja gerade auf dem Gebiet der Ostpolitik verfolgen können. Hinzu kommt, daß er mit Unterstellungen und Verdächtigungen immer leicht bei der Hand war und damit eine schlimme Tradition der Rechten in Deutschland fortsetzt. Der Kandidat der Unionsparteien, oder der Oberbayer, wie ich vorhin gesagt habe, der versucht seit Jahren, den Eindruck zu erwecken, er sei klüger nicht nur als die eigene Regierung, sondern als alle westlichen Regierungen zusammen. Die Vermutung spricht dafür, daß der Mann sich irrt. Ich habe dem Mann schon bei anderer Gelegenheit bescheinigt, daß ich ihn nicht für einen Faschisten halte, nicht mal für einen richtigen Nationalisten. Er ist ja auch nicht wirklich konservativ, sondern nur auf abenteuerliche Weise unbeherrscht und überheblich reaktionär.

Und außerdem hat er eine erstaunliche Fähigkeit bewiesen, aufs falsche Pferd zu setzen: Griechenland und Spanien, Chile und Afrika – und alles im vermeintlichen Namen der Freiheit.

Nein, der Mann taugt nicht, diesen Staat Bundesrepublik zu regieren.

Trotzdem: Man soll seinen Negativeffekt für die Union auch nicht überschätzen. Ihr wißt das aus Euren Wirkungsbereichen: Die meisten CDU-Anhänger bleiben bei ihrer Partei, auch wenn sie den Kandidaten nicht mögen. Aber im übrigen darf sich die CDU hier im Lande auch nicht bei uns beschweren, daß sie sich hat unterwerfen lassen, hineingetrieben in die Unterwerfung durch die Fanatiker Zimmermann und Stoiber.

Wir wollen uns vom Weg der Sachlichkeit – wo immer es geht – nicht abbringen lassen. Aber eine Pflicht zur Sanftmut gibt es für uns ebenso wenig wie eine Rüpelfreiheit für andere.

Manche, gerade auch in den Medien, tun immer noch so, als sei eine deutsche Tradition in der Verfassung festgeschrieben: Von rechts darf zugeschlagen werden, aber Gegenwehr von links ist unsittlich. Das war eine Tradition, aber kein Stück unserer Verfassung. Wer mit Worten wie „Ratten“ und „Unkraut“ um sich wirft, wenn er Mitmenschen meint, der soll sich nicht auch noch als verfolgte Unschuld hinstellen. Wenn Strauß sich entrüstet, wirkt er auf viele wie jemand, der die Tugenden des Vegetarismus rühmt, während er ein saftiges Beefsteak verzehrt.

Es bleibt dabei: Unser Land kann sich Strauß statt Schmidt einfach nicht leisten.

Ich will, liebe Freunde, mich zu drei Themen äußern, die uns in den nächsten Jahren im Bundestag beschäftigen werden.

Ich nenne an erster Stelle die Mitbestimmung und denke nicht allein an das, was aktuell ist, denn das wird uns hoffentlich nicht während der Legislaturperiode lange zu beschäftigen haben.

Ich will übrigens, bevor ich zu dem Aktuellen ein paar Bemerkungen machen, hier, daß Adolf Schmidt weiß und daß seine Kollegen, seine Kameraden mit ihm wissen, daß wir deutschen Sozialdemokraten mit Respekt und mit solidarischer Verbundenheit das entgegengenommen haben, was er hier als Vorsitzender der IG Bergbau und Energie heute vormittag gesagt hat.

Liebe Freunde, das Ringen der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen, mehr Mitwirkungs- und Mitbestimmungsbefugnisse im Wirtschaftsleben zu erhalten, dieses Ringen ist ja älter als die Bundesrepublik Deutschland. Doch erst in dieser Republik wurden entscheidende Durchbrüche erreicht. Die Gesetze über die Montan-Mitbestimmung, über die Betriebsverfassung, zur Personalvertretung und zur Mitbestimmung in Großunternehmen entstanden alle nach 1949.

Unser Mitbestimmungsziel bleibt volle, echte Parität, und solange wir auf diesem Weg noch nicht weiter nach vorn sind, werden wir jedenfalls alles einsetzen, damit nichts von dem, was festgeschrieben war, zurückgedreht wird.

In diesen Wochen sind uns häufig wahltaktische Motive unterstellt worden, wenn wir uns für die Sicherung der Montan-Mitbestimmung stark gemacht haben. Wenn fast alle sozialdemo-

kratischen Bundestagsabgeordneten noch vor der Sommerpause einen Gesetzentwurf zur Sicherung der Montan-Mitbestimmung eingebracht haben, so wird damit unsere prinzipielle Haltung zur Mitbestimmung deutlich und unser politischer Wille, das zu tun, was notwendig ist, um die Aushöhlung der Mitbestimmung in der Montanindustrie zu verhindern. Mit Wahltaktik hat dies nichts zu tun.

Sozialdemokraten werden und können anderen Parteien ihren Standpunkt nicht aufzwingen. Aber wir lassen uns unseren Standpunkt auch nicht verbieten. Und wir können und wollen es nicht zulassen, daß an einem Eckpfeiler unserer gesellschaftlichen Ordnung gerüttelt wird.

Die FDP stimmte bereits 1951 gegen die Montan-Mitbestimmung. Sie steht in ihrer Tradition. Wir kämpfen für die paritätische Mitbestimmung und stehen in unserer Tradition. Hier geht es also nicht um einen Koalitionsstreit, denn es gibt keine Koalitionsvereinbarung über den Abbau oder die Aushöhlung der Mitbestimmung.

Eine klare Antwort der CDU ist bisher nicht zu erlangen gewesen. Es reicht nicht aus, wenn die CDU in ihrer Antwort auf die Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Bundestagswahl 1980 feststellt, die Mitbestimmung der Arbeitnehmer sei Ausdruck christlich-sozialen Gedankengutes und eine Grundlage zur sozialen Marktwirtschaft. Ich muß mit Bedauern feststellen, die CDU hat bis zum heutigen Tage keine eindeutige Erklärung abgegeben, daß sie bereit sei, zum gegebenen Zeitpunkt, wenn dieser Weg für die Sicherung der Montan-Mitbestimmung im Deutschen Bundestag einzutreten. Da helfen auch keine Erklärungen einzelner Mitglieder der Sozialausschüsse.

Wer den sozialen Frieden in unserem Land erhalten will, der muß das in seinem politischen Handeln konkret zum Ausdruck bringen.

Nun habe ich den Eindruck – und bin damit wohl nicht allein –, daß nicht alle Türen zugeschlagen sind, um auf dem Wege von Verhandlungen bei Mannesmann zu einem Ergebnis zu kommen. Der Vorstand der IG Metall hat außerdem ausdrücklich seine Bereitschaft erklärt, in Gesprächen mit den Fraktionen des Bundestages seine Vorstellungen über eine gesetzliche Sicherung der Montan-Mitbestimmung zu erläutern.

Wir Sozialdemokraten werden dazu beitragen, daß mit Behutsamkeit, aber auch mit Festigkeit alle Möglichkeiten einer Verständigung ausgelotet werden, aber nicht irgendeiner Verständigung, sondern einer zu Gunsten der Sicherung der paritätischen Mitbestimmung. Morgen wird unser Fraktionsvorstand in Bonn mit den führenden Freunden der IG Metall, mit Eugen Loderer, mit Hans Mayr und Rudolf Judith das erforderliche Verfahren erörtern. Unsere Position ist eindeutig: Wir stehen in der Mitbestimmungsfrage Seite an Seite mit den Arbeitnehmern und unseren Freunden von der IG Metall. Was immer Gespräche und Verhandlungen in den nächsten Wochen bringen mögen, wir werden als Sozialdemokraten dafür sorgen, daß wir jederzeit politisch handlungsfähig bleiben, um die Montan-Mitbestimmung, so es nötig ist – und so ist es wohl nötig –, auf gesetzlichem Wege zu sichern.

Über diese aktuelle Auseinandersetzung hinaus will ich darstellen, damit komme ich auf eine wichtige Aufgabe der nächsten Legislaturperiode aus meiner Sicht: Es kommt nicht allein darauf an, mehr oder weniger gelungene Abwehrbewegungen zu unternehmen, sondern es kommt darauf an, nächste Schritte nach vorn ins Auge zu fassen – so daß auf diesem für die Arbeiterschaft, für die Arbeitnehmer zentralen Gebiet tatsächlich mehr Demokratie gewagt werden kann.

Ich will dies begründen: Technologischer Wandel ohne Mitbestimmung und ohne Humanisierung der Arbeit führt in den Konflikt und führt in die Sackgasse. Wir Sozialdemokraten haben uns deshalb dafür ausgesprochen, daß Betriebsräte und Gewerkschaften rechtlich und institutionell an der Strukturpolitik beteiligt werden.

Es entspricht der Erfahrung, daß die Probleme unserer Industriegesellschaft im wirtschaftlichen und technologischen Wandel nur bei Teilnahme und Mitgestaltung der Arbeitnehmer besser zu bewältigen sind. Die Strukturpolitik wird immer wichtiger. Über die damit verbundenen öffentlichen Subventionen – es geht um hohe Milliardenbeträge – da soll unserer Meinung nach nicht nur im Direktverkehr zwischen Staatsbeamten und Wirtschaftsmanagern entschieden werden. Was wir brauchen, ist keineswegs „mehr Staat“, was wir brauchen ist mehr Offenheit, mehr Möglichkeiten der konstruktiven Mitbestimmung, auch mehr Erfolgskontrolle auf diesem wichtigen Gebiet.

Ganz kurz zum zweiten Reformthema, das ich jedenfalls erwähnt haben will.

Ihr wißt, wir haben ein umfassendes Konzept beraten und verabschiedet, in dem es um die Rentenversicherung geht, insbesondere um die Alterssicherung, wie es zukunftsgerichtet weiterzuentwickeln ist, wie auf damit verbundenen Gebieten, etwa der Familienpolitik, den finanziellen Möglichkeiten entsprechend, neue Schritte ins Auge gefaßt werden können.

Es ist besonders verwerflich, wenn erneut der Versuch unternommen wird, den älteren Menschen Angst zu machen. Umso wichtiger ist es, daß wir im Wahlkampf die Rentner, einschließlich der Kriegsoffer, die überhaupt erst durch uns die automatische Anteilnahme bekommen haben vor zehn Jahren, in aller Deutlichkeit an die tatsächliche Entwicklung seit 1969 erinnern. Wie die Renten im Schnitt real gestiegen sind und daß sie nicht hinter den Arbeitseinkommen zurückgeblieben sind.

Und zum anderen müssen wir in aller Deutlichkeit immer wieder hinzufügen, daß die Finanzen der Rentensicherung gesund sind und daß die Renten sich entsprechend der Gesamtentwicklung von Löhnen und Gehältern weiter nach oben bewegen.

Drittens schließlich müssen wir im nächsten Bundestag durch die Bundesregierung an etwas ran, was wir nicht allein schaffen, was aber ohne uns nicht geht: Das ist die dringend erforderliche Reform der europäischen Agrarpolitik.

Denn so, wie das jetzt läuft, entstehen für unsere Menschen unzumutbare finanzielle Lasten. Außerdem, wenn das so

bleibt, wird die Europäische Gemeinschaft schwersten Schaden leiden.

Damit uns hier keiner mißverstet: Wir Sozialdemokraten sind für gesicherte Einkommen auch der Landwirte, so wie wir die soziale Sicherung der Landwirte nicht nur angestrebt, sondern zu einem guten Teil verwirklicht haben. Mancher auf dem Lande weiß heute, was das bedeutet mit der Krankenkasse, mancher alte Mann und manche alte Frau wissen, daß das Altengeld mehr ist als das, womit manche sich früher abzufinden hatten.

Aber öffentliche Verschwendung hat damit nichts zu tun!

Riesige Butterberge, Milchseen, Zuckerhalden sind sichtbarer Beweis nicht für Vorratswirtschaft, sondern für Mißwirtschaft. Und sie wirken wie ein Bleigewicht an den Füßen der europäischen Verbraucher und Steuerzahler.

Es muß möglich sein, unsinnige Überproduktion zu beenden und Schluß damit zu machen, daß gewisse Agrofabriken, um die geht es nämlich noch mehr als um große bäuerliche Betriebe, immer mehr Geld einstecken für Waren, die von vornherein dafür bestimmt sind, verramscht oder vernichtet zu werden. Schritte sind notwendig, gerade damit die Kleinen auf dem Lande nicht unter die Räder kommen.

Die Agrarpolitik zu reformieren, ist gewiß keine leichte Aufgabe. Wir müssen sie lösen und haben uns darauf auch vorbereitet. Die Europäische Gemeinschaft muß fähig werden, im eigenen Haus Ordnung zu schaffen.

Liebe Freunde auf dieser Landesdelegiertenkonferenz zur Einleitung, wie es Johannes Rau hier gesagt hat, des eigentlichen Bundestagswahlkampfes 1980!

Was erwarten wir von der eigenen Partei. Von dieser unserer Partei, die nie nur Wahlverein gewesen ist, es auch nicht werden soll?

Die SPD ist ja nie nur Basis, sondern immer auch Motor. Sie ist nicht allein dazu da, Wahlen zu gewinnen, obwohl das jetzt wieder wichtiger ist, als das meiste andere.

Was sie, diese unsere SPD immer wieder versuchen muß, ist, den Weg nach vorn abzustecken, die Substanz freiheitlichen, nein auch freiheitlich-sozialistischen Denkens lebendig zu erhalten und, wo es geht, anzureichern.

Unsere Partei muß, auch in ihrer Sprache, nahe bei den einfachen Menschen bleiben. Und sogleich, das ist die Doppelaufgabe, muß sie fähig bleiben zur ständigen geistigen Erneuerung.

Ich habe den Eindruck, viele der Jungen werden mithelfen, Strauß nicht zu wählen oder wegzuwählen, was die bundespolitischen Ambitionen angeht. Und das ist gut. Aber eigentlich nicht gut genug. Denn, so müssen wir fragen, sobald wir mit dem 5. Oktober fertig sind, was nützt es in den kommenden Jahren denen Jungen, von denen manche auszubrechen geneigt sind aus einer Welt, die ihnen – und vielleicht haben

sie damit gar nicht so unrecht – einseitig materiell fixiert erscheint? Dies geht noch über das hinaus, was manche für „Grüne Listen“ anfällig gemacht hatte.

Johannes Rau hatte ja nur allzu recht, als er in seiner Regierungserklärung sagte, für viele sei unklar geworden, was Fortschritt bringt und Zukunft bedeutet. In der Tat, wohin steuern wir eigentlich in und mit unserer Gesellschaft? Geht es vorrangig um den Menschen als Menschen? Oder geht es überwiegend um den Menschen, der als Arbeitnehmer oder als Konsument funktioniert? Und hoffentlich kommt nicht die Zeit, in der man die Frage hinzuzufügen haben wird, um den Wähler, den Menschen, der als Wähler nur zu funktionieren hat.

Die Neigung, mal „grün“ zu wählen, hat abgenommen. Die fragenden Menschen bleiben und die Themen bleiben, und in beiderlei Hinsicht sind die Sozialdemokraten gefordert.

Schriftsteller, Künstler, Wissenschaftler, jene, die Kultur schaffen und im geistigen Leben unseres Landes etwas bedeuten, engagieren sich in starkem Maße gegen Strauß. Das ist gut. Aber auch hier sage ich: Noch besser wäre es, wenn sich daraus mit möglichst vielen eine Partnerschaft auf neue Art für lebendige Demokratie entwickeln könnte. Ich will hier heute, an diesem 17. August in Gütersloh, erneut einen Appell an Euch richten und Euch bitten, ihn weiterzuvermitteln in den Unterbezirken, in den Ortsvereinen: Laßt uns jede mögliche Anstrengung machen, damit Deutschland in Sicherheit vorankommt.

Ich verbinde hiermit, liebe Freunde, den aufrichtigen, den herzlichen Dank für den Weg, den wir miteinander gegangen sind

seit 1961, woran Johannes Rau erinnerte, als ich noch Regierender Bürgermeister von Berlin war und Ihr mich an die Spitze Eurer Landesliste gestellt hattet mit all den Etappen, die folgten. Auf wievielen Plätzen, in wievielen Sälen sind viele von uns einander in diesen Jahren begegnet. Es waren nicht immer strahlende Erfolge, aber wir haben uns nie entmutigen lassen.

Ich hab mich übrigens auch ganz besonders herzlich zu bedanken, daß so viele mich mit ihren guten Wünschen begleitet haben, als es mich gesundheitlich erwischt hat. Ihr habt hoffentlich den Eindruck, daß ich wieder auf dem Damm bin.

Ihr kennt die Entwicklung unserer Prozentzahlen und unserer Mandatsziffern in NRW in diesen Jahren:

1961 hatten wir 37,3%, das war ganz schön schon verglichen mit den 33,5% im Jahre 1957. Dann ging das von 37,3% auf 42,6% im Jahr 1965, auf 46,8% im Jahr 1969, auf 50,4% im Jahr 1972. Die Zahl der sozialdemokratischen Mandate aus NRW stieg in diesem Zeitraum von 54 auf 75. Was steckt da für Anstrengung dahinter.

1976 gab es einen kleinen Knick, aber 70 Mandate mit 46,9% sind ja auch nicht wenig. Was an Knick darin steckte, das werden wir jetzt ausgleichen – oder sogar etwas mehr.

Laßt uns miteinander dafür sorgen, daß wir am Abend des 5. Oktobers sagen können: Wir haben uns – wieder mal bedeutet das für die meisten – große Mühe gegeben. Es war wichtig, und es hat sich dann auch gelohnt.

Schönen Dank.

9. Schlußwort

Antje Huber

stellvertretende Vorsitzende des SPD-Landesverbandes NRW

Liebe Genossinnen und Genossen!

Die Landesdelegiertenkonferenz hat ihre Arbeit getan. Wir bedanken uns bei all denen, die vor und hinter der Bühne, drinnen und draußen zum reibungslosen Ablauf beigetragen haben.

Ganz besonders bedanken wir uns bei Willy Brandt für sein Kommen und seine Rede.

Wir gehen nun mit Elan und großer Zuversicht auf den Wahltag zu und wünschen allen unseren Kandidaten viel Erfolg im Wahlkampf und am 5. Oktober.

Die Konferenz ist geschlossen.